

Die mit „\*“ versehenen Artikel, Notizen und Kurse sind Originalarbeiten des Leipziger Tageblattes und dürfen nur mit voller Quellenangabe nachgedruckt werden

## Die ersten Maßnahmen

### Die Reichsbank erhöhte den Wechseldiskont von 13 auf 30 Prozent, den Lombardzinsfuß von 19 auf 31 Prozent.

Der heutigen Zentralauschüttung der Reichsbank lag der Antrag des Direktoriums vor, den Diskontsatz von 13 auf 30 Proz. zu erhöhen. Die Abstimmung des Zentralausschusses ergab indes eine Ablehnung des vom Präsidenten Havenstein ausführend begründeten Anlasses mit 18 gegen 6 Stimmen. Das Direktorium erklärte aber nach neuen Beratungen, daß die Erhöhung auf 30 Proz. dennoch durchgeführt wird.

Anschließend gab Havenstein noch einige prinzipielle Erklärungen über neue Maßnahmen der Reichsbank ab, die ein Entgegenkommen gegenüber der Forderung nach wertbeständigen Krediten darstellen. An die Diskontierung wertbeständiger Wechsel ist man zunächst nicht herangeraten, dagegen soll ein wertbeständiger Wechsel Lombard eingeführt werden, über dessen technische Einzelheiten die Beratungen noch nicht abgeschlossen sind.

Gleichzeitig teilte der Präsident mit, daß die Reichsbank entschlossen sei, Goldkonten gegen Deviseneinzahlung zu errichten. Inwieweit sich aus diesen neuen Maßnahmen die Anflüge eines Goldverkehrs herauskristalisieren werden, ist noch nicht zu übersehen.

Die Sächsische Bank hat den Wechseldiskont auf 30 Proz. und den Lombardzinsfuß auf 31 Proz. erhöht.

#### \* Iz Leipzig, 2. August.

Als am 25. Juli eine Diskonterhöhung zur Beratung stand, hatte der Zentralausschuß „Bedenken“ vorgebracht und die damals auf 25 Proz. vorgeschlagene Diskonterhöhung mit allen gegen eine Stimme abgelehnt. In seiner Zusammensetzung ist der Zentralausschuß eine Vertretung des Großkapitals mit dem Zweck, der Reichsbank beratend zur Seite zu stehen. So ausgesprochen dieser Rat sein wird, wenn es sich um technische Fragen handelt, so wenig kann und darf er ins Gewicht fallen, wenn volkswirtschaftliche Fragen, zu denen unstreitig eine Diskonterhöhung gehört, beraten werden. Denn es ist selbstverständlich, daß diese einzelnen Vertreter des Großkapitals nicht aus ihrer Haut heraus können und daß ihr Votum nie frei sein wird von eigenen privatwirtschaftlichen Interessen. So und nicht anders hat in volkswirtschaftlichen Belangen das Reichsdirektorium also diese Stimmen einzuschätzen und dementsprechend zu verfahren. Daß es dies am 12. Juli nicht getan hat, bedarf nach der heutigen Diskonterhöhung wohl kaum mehr eines Beweises. Immerhin hat sich die Zahl der Vertreter des Zentralausschusses, die geglaubt haben, dem Gebote der Zeit Rechnung tragen zu sollen, von einem auf sechs vermehrt, was wohl als Zeichen der immer notwendiger gewordenen Heraussetzung des Diskontsatzes angesehen werden darf.

Ob mit 30 Proz. Reichsbankdiskont die richtige Höhe getroffen worden ist, darüber läßt sich streiten. Wir haben in unserer Nummer vom 1. August dargetan, daß der Reichsbankdiskont bis zur äußersten möglichen Grenze heraufgesetzt werden muß. Aber diese Grenze läßt sich theoretisch nicht errechnen. Sie kann nur praktisch im Wege des Versuches gefunden werden. Wir glauben, daß mit 30 Proz. diese äußerste Grenze noch nicht erreicht ist. Denn mit der Erhöhung des Reichsbankdiskontes soll doch letzten Endes das Reich dazu gezwungen werden, von bedenkenlosen Begebung von Reichsschatzwechseln an die Reichsbank abzulassen. Dieser Druck auf das Reich kann nicht direkt ausgeübt werden, denn das Reich kann sich schließlich auch nicht helfen, wenn ihm seine Untertanen bzw. deren Reichstagsvertreter die nötigen Steuern nicht bewilligen. Aber eben dem Untertanenstand muß die Reichsbank mit einer Diskonterhöhung zu Hilfe kommen, sie muß die ihr gegebene Macht brauchen, der Wirtschaft jene Hindernisse in den Weg zu legen, die notwendig sind, um die Steuerscheu zu überwinden. Sie ist autonom, niemand kann sie hindern, ihren heute einzigen Zweck zu erfüllen, die Währung zu schützen. In der Diskontschraube ist ihr zur Erfüllung dieses Zweckes ein gewaltiges Machtmittel in die Hand gegeben und es ist nur ihre Pflicht, wenn sie dieses Mittel anwendet.

Auch die weiteren Maßnahmen, die vom Reichsbankpräsidenten angekündigt werden, zeigen, daß das Direktorium bestrebt ist, für schwebende Fragen eine Lösung zu finden. Die oben kurz angelegenen Gesichtspunkte lassen jedoch eine Beurteilung nicht zu. Sie sind übrigens wohl kaum als besonders ausschlaggebend zu werten. Die Frage der Goldkonten ist heiß umstritten; die Lösung, die die Reichsbank vorschlägt, jedenfalls ein weiteres gangbar. Neben einem bis zur äußersten möglichen Grenze erhöhten Diskontsatz hat ein wertbeständiger Wechsel Lombard kaum einen Zweck. Ob es einen Zweck hat, die Differenz zwischen 30 Proz. und der äußersten möglichen Grenze durch einen wertbeständigen Wechsel Lombard auszufüllen, mag zunächst dahingestellt bleiben. Jedenfalls müssen erst die technischen Einzelheiten feststehen, bevor man ein Urteil darüber abgeben kann.

Alles in allem aber ist die Diskonterhöhung zu

begreifen als eine der Maßnahmen, die zur Sanierung der deutschen Währung beitragen sollen, soweit eine solche ohne Regelung der Reparationen denkbar ist.

Der Zahlungsmittelbedarf. Nach dem „Berliner Tageblatt“ beträgt der tägliche Bedarf an Zahlungsmitteln jetzt ungefähr 4 Billionen gegen 8 Milliarden vor dem großen Ansturm. Die Reichsbank werde von Sonntag an in der Lage sein, diesen Bedarf voll zu befriedigen. Bereits am Mittwoch war es möglich, 3 Billionen zur Ausgabe zu bringen.

— Londoner Goldpreis gemäß der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über wertbeständige Hypotheken vom 29. Juni 1923. Der Londoner Goldpreis beträgt 90 1/2 für eine Unze Feingold, für ein Gramm Feingold demnach 34,7871 Pence.

Umrechnung fremder Währungen bei der Berechnung der Wechselsteuer. Für die Berechnung der Wechselsteuer werden mit Wirkung ab 6. August bis auf weiteres folgende Mittelwerte für die nachstehend genannten Währungen festgesetzt: 1 Pfd. St. 4 100 000, 1 franz. Fr. 52 000, 1 belg. Fr. 45 000, 1 schwed. Fr. 155 000, 1 Litra 49 000, 1 Peseta 130 000, 1 Lei 3100, 1 Finn. M. 25 000, 1 deutsch. Kr. 14, 1 tschech. Kr. 25 000, 1 ungar. Kr. 90, 1 holl. Gulden 553 000, 1 schw. Kr. 240 000, 1 dan. Kr. 190 000, 1 norw. Kr. 190 000, 1 poln. M. 6, 1 türk. Piaster 5700, 1 argent. Goldpeso 715 000, 1 argent. Papiropeso 815 000, 1 chil. Papiropeso 115 000, 1 bras. Milreis 95 000, 1 jap. Yen 440 000, 1 bulg. Lewa 9000, 1 V.-St.-Dollar 900 000, 1 mexik. Goldpeso (Gold-dollar) 425 000, 1 Lat. 190 000, 1 lett. Rubel 8000, 1 Litias 30 000, 1 estn. M. 2900, 1 jugosl. Dinar 10 000, 1 jugosl. Kr. 2500 M.

\* sm Magdeburger Bank, A.-G. Die a. o. G.-V., in der 226 498 000 M. Aktienkapital vertreten waren, beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 400 auf 700 Mill. M. Es sollen 300 Mill. M. neue ab 1. Juli 1923 dividendenberechtigte Aktien von einem Konsortium zu 1000 Proz. übernommen werden mit der Verpflichtung, 60 Mill. M. den Aktionären im Verhältnis von 5:1 zu 5000 Proz. anzubieten und den Mehrerlös über 15 000 Proz. hinaus an die Gesellschaft abzuführen. Die restlichen 140 Mill. M. sollen im Interesse der Gesellschaft bestens verwertet werden. 200 Mill. M., die mit nur 25 Proz. eingezahlt werden, bleiben zum Schutz gegen Ueberforderungsgefahr in Händen der Verwaltung und nehmen teil an der Gewinnverteilung mit einer Dividende in Höhe des jeweiligen Reichsbankdiskontes im Verhältnis ihrer Einzahlung. Von der Verwaltung wurde die Kapitalerhöhung mit der außerordentlich starken Entwicklung des Instituts begründet. Nach Durchführung der Transaktion werden sich die eigenen Mittel der Bank (Kapital und Reserven) auf mindestens 20 Milliarden stellen. In den Aufsichtsrat neu gewählt wurden Kammerherr Rüdiger Graf von Hagen-Meckern, Hans von Dippe-Quedlinburg, Kaufmann Adolf Menger-Hamburg und Kaufmann Neuhaus-Berlin. Ueber die Aussichten wurde vom Vorstand mitgeteilt, daß infolge des sehr lebhaften Geschäftsganges und auf Grund des bisher vorliegenden Ergebnisses des laufenden Jahres mit einer zeitgemäßen und einer anderen Banken gleichkommenden Dividende gerechnet werden kann.

\* bb Braunschweigische Bank und Creditanstalt, A.-G. Die a. o. G.-V. genehmigte die Erhöhung des Kapitals um 200 auf 400 Mill. M. Ausgegeben werden 40 000 Stück auf den Inhaber lautende Aktien zu je 5000 M., die vom 1. Jan. 1923 ab dividendenberechtigt sind. Von diesen neuen Aktien werden unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechtes begeben: 150 Mill. M. an das Bankhaus S. Blochroder-Berlin für Rechnung eines Konsortiums, und zwar 100 Mill. M. zu 7500 Proz. zwecks Abgabe zu dem gleichen Kurse an die Aktionäre (auf je 10 000 M. alte Aktien eine neue zu 5000 M.); 50 Mill. M. Aktien zu 100 Proz. bleiben zur Verfügung des Vorstandes der Gesellschaft, die restlichen 50 Mill. M., die zunächst mit 25 Proz. einzuzahlen sind, kommen nach Weisung der Gesellschaft zur Ausgabe. Die Notwendigkeit dieser Kapitalerhöhung wird mit der außerordentlich starken Kreditanspannung begründet. Wieder in den Aufsichtsrat gewählt wurde Generalkonsul A. Thieme-Leipzig.

Deutscher Phönix-Versicherungs-A.-G. in Frankfurt a. M. Nach der im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Jahresrechnung für 1922 betragen die Prämien-einnahmen einschließlich Unkostenzuschläge in den Versicherungszweigen in Mill. M.: Feuer 201,70, Einbruchdiebstahl 109,54, Leben 2,06, Unfall-Haftpflicht 38,40, Glas 23,38, Wasserleitungschäden 2,80, Kredit 70,8. Vergütungen der Rückversicherungen in den Versicherungszweigen: Unfall-Haftpflicht 11,14, Einbruchdiebstahl 7,9, Leben 1,14, Kredit 17,57. Es erforderten dagegen Rückversicherungsummen in den Versicherungszweigen in Mill. M.: Feuer 196,95, Einbruchdiebstahl 90,42, Unfall-Haftpflicht 30,55, Glas 5, Wasserleitungschäden 0,75, Kredit 46,55. Vorwärtsschäden in den einzelnen Betriebszweigen: Feuer 190,69, Einbruchdiebstahl 7,82, Unfall-Haftpflicht 17,19, Glas 4,72, Wasserleitungschäden 1,87, Kredit 17,76. Zentralverwaltung 1,54. Zahlung für Versicherungsfälle in den einzelnen Versicherungszweigen in Mill. M.: Feuer 62,94, Einbruchdiebstahl 4,54, Unfall-Haftpflicht 2, Glas 10,25, Wasserleitungschäden 0,15, Kredit 18,54. Prämienreserven und Rückversicherungsbeträge bei einzelnen Sparten in Mill. M.: Feuer 132,7, Einbruchdiebstahl 15,69, Unfall-Haftpflicht 2,25, Glas 9,19, Wasserleitungschäden 1,06. Der Reingewinn stellt sich auf 14,14, aus dem die Aktien Lit. A eine Dividende von 15,00 M. und einem Geldwertzuwachs von 1126 M., also zusammen 1237,50 M. je Aktie erhalten. Auf die Aktien Lit. B entfällt eine Dividende von 56,25 M. selbst einem Geldwertzuwachs von 562,50 M. zusammen also 618,75 M. je Aktie. In der Bilanz erscheinen Aktivposten mit 14,6 Mill. M. Wertpapieren und Wechsel mit 70,15 Mill. M., Guthaben bei Banken und Versicherungsgesellschaften mit 68,89 Mill. M., Außenstände bei Generalagenten und Agenten 206,19 Mill. M., Prämienrückträge betragen 174,37 Mill. M. und Schadenreserven 46,9 Mill. M. und Guthaben anderer Versicherungsgesellschaften 190,5 Mill. M. Die freiwillige Rücklage beträgt 2,5 Mill. M. Infolge des Abschlusses einer Interessensgemeinschaft mit der Allianz Versicherungs-A.-G. wurde deren Generaldirektor Dr. Schmidt neu in den Aufsichtsrat gewählt. Ferner wurde gewählt Dr. Giesler (München).

— Frankfurter Allgemeine Versicherungs-A.-G. in Frankfurt a. M. Das Jahr 1922 erbrachte einen Gesamtgewinn von 157,5 (7,9) Mill. M. Die Überschüsse aus

den einzelnen Versicherungsabteilungen betragen bei der Transportversicherung 54,2 (2,5) Mill. M., bei der Feuerversicherung 57,9 (2,5) Mill. M., in der Lebensrückversicherung 220 000 (25 000) M., in der Einbruchdiebstahl- und Aufrührversicherung 30,8 (4,5) Mill. M., in der Glasversicherung 1,8 Mill. M. (140 000 M. Verlust), in der Garantie- und Kautionsversicherung 6,4 Mill. M. (18 400 M.), in der Kraftfahrversicherung, einem neu aufgenommenen Versicherungszweig, 15,5 Mill. M. Dagegen ergaben sich Verluste in der Unfall- und Haftpflichtversicherung von 39,5 (2,9) Mill. M. und der Wasserleitungschädenversicherung von 4,5 Mill. M. (290 000 M.). Kursgewinn aus Wertpapieren und aus Devisen sind mit 4,5 Mill. M. angegeben. Die allgemeinen Unkosten und Steuern erforderten 34,1 (4,1) Mill. M. Die Prämienentnahmen betragen bei der Transportversicherung 1,581 Milliarden (126,5 Mill. M.), in der Feuerversicherung 1,074 Milliarden (123 Mill. M.), in der Lebensrückversicherung 46,5 (22,5) Mill. M., in der Glasversicherung 26,5 (11,5) Mill. M., in der Unfall- und Haftpflichtversicherung 150 (32) Mill. M., in der Einbruchdiebstahl- und Aufrührversicherung 786 (78,6) Mill. M., in der Kautionsversicherung 309 (3,6) Mill. M., in der Wasserleitungschädenversicherung 20 (3,5) Mill. M. Die neu aufgenommenen Kraftfahrversicherung erbrachte 197 Mill. M. Der Wertpapierbestand umfaßt 2,5 Mill. M. Staatsanleihen, 5 Mill. M. Gemeindefinanzen, 11,275 Mill. M. Aktien und 496 780 M. ausländische Wertpapiere mit einem Kurswert von 1,3 Milliarden M. (umgerechnet zum Kurse vom 31. Dezember 1922). Das Geschäft in fremder Währung betrug zum 31. Dezember 8,97 Milliarden, während die Gesamtprämienentnahmen nur 4,5 Milliarden betragen. Das Valutaguthaben der Gesellschaft beträgt 7,5 Milliarden M. Die Bilanzaktiva sind insgesamt mit nur 2,6 Milliarden M. bedingt gegenüber dem effektiven Betrag der ausländischen Einlagen von 157,5 Mill. M. Die Bilanzpassiva des Jahres 1922 betragen 15,775 Mill. M., was gemeldet, 75 Mill. M. Dividende ausschüttend, im neuen Rechnungsjahr haben die Prämien in allen Abteilungen die gesamten Prämien des Jahres 1922 bereits wesentlich überschritten.

— Konkurse im Juli. Wie regelmäßig in den Monaten einer besonders starken Marktentwertung, ist auch im Juli die Anzahl der Konkurse stark zurückgegangen. Es wurden nach einer Zusammenstellung der Finanzzeitung „Die Bank“ im Juli 17 Konkurse eröffnet, gegen 36 im Juni und 78 im Juli vorigen Jahres.

\* Vor neuen Kohlenpreisen. Auf Grund der im Laufe des heutigen Tages erfolgenden Bergarbeiterlohnregelung wird der Reichskohlenverband heute nachmittags die neuen Kohlenpreise festsetzen.

\* Vereinigte Königs- und Laurahütte A.-G. Der Bergbau und Hüttenbetrieb. Bei der Gesellschaft wurde nach der nunmehr erfolgten Eintragung der Kapitalerhöhung ins Handelsregister der Bezugsrechtspreis auf 250 000 Proz. festgesetzt. Das Bezugsverhältnis ist 2:1. In der Leitung der Laurahütte tritt ein Wechsel ein. Der seit Jahrzehnten an der Spitze stehende Generaldirektor Geheimrat Hüger tritt zurück und in den Aufsichtsrat über. Zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern wurden die bisherigen stellvertretenden Direktoren Ohly, Wandel und Lehmann ernannt.

United States Steel Corporation. Der Ausweis gibt die Einnahme für das zweite Quartal 1923 auf 47 858 000 Doll. an gegen 34 780 000 Doll. im ersten Quartal 1923, 27 297 000 Doll. im zweiten Quartal 1922, 31 892 000 Doll. im zweiten Quartal 1921 und 43 155 000 Doll. im zweiten Quartal 1920. Auf die einzelnen Monate verteilen sich die Einnahmen wie folgt:

| 2. Quartal 1923 | 1. Quartal 1923 | 2. Quartal 1922 |
|-----------------|-----------------|-----------------|
| 14 400 000      | 10 891 000      | 7 790 000       |
| 17 695 000      | 9 287 000       | 8 895 000       |
| 15 760 000      | 14 692 000      | 10 212 000      |
| Zus. 47 858 000 | 34 760 000      | 27 297 000      |

Der Reingewinn nach Abzug der Zuwendungen an den Tilgungsfonds der Abschreibungen und der Erzeugnisse stellt sich auf 34 326 000 Doll. gegen 22 527 000 Doll. im Vorquartal, 14 290 000 Doll. im zweiten Quartal 1922, 13 227 000 Doll. im zweiten Quartal 1921 und 31 688 000 Doll. im zweiten Quartal 1920. Die Dividendenklärung brachte wie bisher 1% Doll. auf die Vorkriegsaktien und 1/4 Doll. auf die Stammaktien.

Nach Abzug der Zahlungen für die Dividende bleibt ein Surplus von 7 905 000 Doll. gegen ein Surplus von 4 899 000 Doll. im Vorquartal, ein Defizit von 1 468 000 Doll. im zweiten Quartal 1922 und ein Defizit von 4 578 000 Doll. im zweiten Quartal 1921. Im Jahre 1920 wurde für den gleichen Zeitraum ein Surplus von 13 777 000 Doll. erzielt.

Wanderer-Werke vorm. Winkelhofer & Jaenicke A.-G. in Schönau bei Chemnitz. In der G.-V. wurde die beantragte Kapitalerhöhung auf 160 Mill. M. einstimmig genehmigt. Den Aktionären wird ein Bezugsrecht im Verhältnis von 3 zu 2 zum Kurse von 4000 Proz. zuzüglich eines Pauschalbetrages für die Bezugsrechtsteuer sowie zuzüglich der Börsennotizsteuer eingeräumt.

\* sm R. Wolf, A.-G. in Magdeburg-Buckau. In der Aufsichtsratsitzung wurde beschlossen, der a. o. G.-V. vorzuschlagen, das Kapital um 20 Mill. M. mit 25 Proz. einzuzahlenden Stammaktien zu erhöhen und die bestehenden 20 Mill. M. Vorkriegsaktien in Stammaktien mit Gewinnberechtigung ab 1. April 1923 umzuwandeln. Ferner wird die Ausgabe von 90 000 Stück auf den Inhaber lautenden Genussscheinen zu je 1000 M. beantragt werden.

\* ch Motorenfabrik A.-G. in Leipzig. Die a. o. G.-V. beschloß Erhöhung des Aktienkapitals um 50 auf 80 Mill. M. zum Zwecke der Uebernahme einer privaten maschinellen Anlage und Stärkung der Betriebsmittel. Es wird ein Bezugsrecht 2:1 zu 1000 Proz. eingeräumt. 44 Mill. M. bleiben zur Verfügung der Verwaltung zur bestmöglichen Verwertung. Nach Mitteilung der Verwaltung ist der Geschäftsgang gut; mit Material hat sich die Gesellschaft rechtzeitig eingedeckt. Das neue Sportmodell habe viel Anklang gefunden.

— Gebr. Dopp. Maschinen- und Waggonfabrik, in Berlin. Die G.-V. beschloß Kapitalerhöhung von 20 auf 40 Mill. M., 10 Mill. M. werden im Verhältnis 2:1 zu 1200 Proz. angeboten; die restlichen 10 Mill. M. sollen bestens verwertet werden. Die Einführung an der Berliner Börse ist in Vorbereitung.

— Isarta Zählerwerke A.-G. (Brown-Boveri-Koncern). Die Verwaltung beantragt eine Dividende von 400 Proz. (l. v. 15 Proz. Dividende und 25 Proz. Bonus) bei einem Reingewinn von 655,9 (1,83) Mill. M.

\* hr Gebe & Co., A.-G., in Dresden. Die a. o. G.-V., in der 20 Aktionäre 41 897 Stimmen vertreten, genehmigte die Erhöhung des Grundkapitals um 50 auf 100 Mill. M. einstimmig. Von

den neuen Stammaktien werden 20 Mill. M. im Verhältnis 3:2 zu 5000 Proz. plus Börsen- und Bezugsrechtsteuer mit Dividendenlauf ab 1. Januar 1923 zum Bezuge angeboten. Die übrigen 30 Mill. M. neuer Stammaktien werden zum Kurse von 100 Proz. unter Ausschluß des Bezugsrechtes an ein Konsortium begeben und sollen hauptsächlich zum Schutze der Gesellschaft, zur gelegentlichen Verwertung und sonstigen im Interesse der Gesellschaft liegenden Zwecken dienen.

Handelsvereinigung Diets & Richter — Gebrüder Lode, A.-G., in Leipzig. Der Betrag zur Abgeltung der Bezugsrechtsteuer beträgt 7650 Proz., so daß insgesamt für jede junge Aktie 196 500 M. zuzüglich Börsennotizsteuer bis zum 6. August einschließlich zu zahlen sind.

A.-G. für Energiewirtschaft in Berlin. Dem Bericht ist zu entnehmen: „Die vorwiegend aus kommunalen Körperschaften bestehenden Auftraggeber konnten der sprunghaften Steigerung der Ansprüche der Lieferanten durch Preisrückstellungen und den Anforderungen an Lohnzuschlägen durch Aufbringung der benötigten Geldmittel nicht immer gerecht werden. Auch die Betriebsführung der Elektrizitäts- und Eisenbahnunternehmungen erforderte ständig steigende Beträge.“

Dem Bilanzvermögensstand sind aus der Kapitalerhöhung vom 11. April 1923 2,6 Mill. M. aus der vom 27. Februar 1923 4,8 Mill. M. zuzuführen. Die Endabrechnung aus der Begebung der Verwertungsaktien steht noch aus. Der Kreis Saarlouis hat von seinem Rechte der Kündigung des Vertrages mit der Eisenbahnbau-Gesellschaft Becker & Co., G. m. b. H., über die Betriebsführung der Kreisbahn, des Elektrizitätswerkes und der Ueberlandversorgung zum 1. April 1923 Gebrauch gemacht, ebenso der Kreis Merzig bezüglich der Ueberlandversorgung im Kreis Merzig. Die Betriebsführung der beiden Unternehmungen ist besonders zu diesem Zweck bildeten Betriebsgesellschaften übertragen worden, an denen wir weiter beteiligt bleiben. Auch der Betriebsvertrag zwischen der Ueberlandwerk Oberfranken A.-G., Bamberg, und der Eisenbahnbau-Gesellschaft Becker & Co., G. m. b. H., Berlin, ist ab 1. Januar 1923 aufgehoben und durch einen Vertrag mit einer neu gegründeten Betriebsgesellschaft, der Fränkischen Stromversorgung G. m. b. H., Bamberg, ersetzt worden, an welcher die Ueberlandwerke Oberfranken A.-G. und die Ueberlandwerke Bayerische A.-G. für Energiewirtschaft in Bamberg je zur Hälfte beteiligt sind. Unsere Tochterunternehmungen entwickelten im Berichtsjahre eine rege Bautätigkeit. Die Fortgestaltung der sehr umfangreichen Anlagen des ersten und zweiten Bauprogramms für den Schleswig-Holsteinischen Elektrizitätsverband in Berlin konnte erst Anfang 1923 erfolgen. Weitere Bauausführungen befinden sich in Vorbereitung. Der aufgenommenen Betrieb der Ueberlandversorgung entspricht den Erwartungen. Die Arbeiten für den Bayerischen Elektrizitäts-Wirtschaftsverband in München, der sich zuerst in der Umstellung von einer Gesellschaft in eine A.-G. befindet, wurden planmäßig gefördert. Größere Bauausführungen waren auch im Ueberlandversorgungsgebiet des Elektrizitätswerkes Liegnitz auszuführen, die sich noch auf das Jahr 1923 ausdehnen. Die Ergebnisse aus der Betriebsführung der Elektrizitätsunternehmungen sind insgesamt befriedigend. Der Straßenbahnbetrieb mußte, soweit er nicht gänzlich eingestellt wurde, auf das wirtschaftlich verträgliche Maß beschränkt werden. Bei dem Dampfbohrbetriebe sind die Tarife denen der Reichsbahn angepaßt und werden mit den Reichsbahntarifen erhöht. Die wirtschaftliche Lage dieser Unternehmungen hat sich gebessert. Ueber unsere Beteiligungen ist zu berichten, daß das bisher der Eisenbahnbau-Gesellschaft Becker & Co., G. m. b. H., gehörige Unternehmen „Oberbracher Elektrizitätswerke in Neutriebitz“ einer besonderen Gesellschaft mit beschränkter Haftung übertragen worden ist. — Die Bayerische A.-G. für Energiewirtschaft in Bamberg hat ihr Kapital auf 12 Mill. M. erhöht. Von den Aktien sind 25,1 Proz. im Besitze der Ueberlandwerke Oberfranken A.-G., Bamberg; der Restbetrag befindet sich in unseren Händen. Andererseits sind wir an der Ueberlandwerk Oberfranken A.-G. mit Aktienbesitz beteiligt. Das Kapital der Ueberlandwerke Niederbayern G. m. b. H. in Landshut ist um 4,9 Mill. auf 5 Mill. erhöht worden. Die Eisenbahnbau-Gesellschaft Becker & Co., G. m. b. H., Berlin, hat zum Geschäftsergebnisse neben der vertraglichen Abgabe aus verschiedenen Bankgeschäften mit 100 Proz. Dividende auf ihr Kapital beigetragen.

Der Geschäftsgewinn betrug 111,4 (4,6) Mill. M. Dagegen erforderten Handlungskosten 25,4 (0,48), Steuern 11,79 (1,3), Zinsen 18,43 (0,7) Mill. M., so daß einschl. Vortrag ein Reingewinn von 55,84 (2,18) Mill. M. bleibt, woraus je 150 (10) Proz. Dividende verteilt werden. Nach der Bilanz betragen Effekten und Beteiligungen 42,38 (12), Debitoren 207,58 (28,6), Akzepten 4,9 und Kreditoren 280,78 (20,38) Mill. M. — Die a. o. G.-V. genehmigte die Regularien. Wie der Vorsitzende, Bankdirektor Harter, mitteilte, hat die Fabrik isolierter Drähte zu elektrischen Zwecken (vormals C. J. Vogel, Telegraphenfabrik), A.-G., durch Erwerb eines Aktienpakets an der Gesellschaft Interesse genommen. Im Zusammenhang hiermit hat Bankdirektor Gustav Pilster sein Amt als Aufsichtsratsmitglied niedergelegt; an seiner Stelle wurde Bankdirektor Curt Sobernheim gewählt. Als weitere Vertreter der Vogel-Gruppe wurden hinzugeführt Justizrat Dr. Gustav Hirte, Direktor der Deutschen Hypothekbank, A.-G., Berlin, und Direktor Otto Vogel, Direktor der Goldbraut-A.-G.

— Proma-Film-A.-G. in Berlin. Die a. o. G.-V. beschloß, das Kapital um 18 auf 30 Mill. M. zu erhöhen. 12 Mill. M. werden den Aktionären zu 2300 Proz. angeboten und 6 Mill. M. Aktien von einem Konsortium zu 15 000 Proz. zur freien Verwertung übernommen. Nach dem Bericht des Vorstandes ist die Gesellschaft gut beschäftigt. Sie hat im Laufe des Jahres wieder ein eigenes Atelier erworben und ein neues Verleihsnetz über ganz Deutschland errichtet.

— Westalia-Film-A.-G. in Berlin. Die a. o. G.-V. beschloß, das Kapital um 25 auf 50 Mill. M. zu erhöhen. Den Aktionären werden 12,5 Mill. M. zu 1300 Proz. angeboten, der Rest soll bestmöglich verwertet werden. Nach dem Bericht der Verwaltung ist der Abschluß für das erste Halbjahr sehr günstig. Die Gesellschaft hat einen sehr hohen Auftragsbestand, so daß aller Voraussicht nach mit einem guten Abschluß gerechnet werden könne.

— Glaslaser-A.-G. in Dresden. Die erste G.-V. setzte die Dividende auf 40 Proz. fest und beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 50 Mill. M. unter Einräumung eines Bezugsrechtes im Verhältnis von 1:1 zu 1500 Proz. Den Vorkriegsaktionären werden auf eine alte zwei neue zu 1500 Proz. angeboten.

— Westalia-Film-A.-G. in Berlin. Die a. o. G.-V. beschloß, das Kapital um 25 auf 50 Mill. M. zu erhöhen. Den Aktionären werden 12,5 Mill. M. zu 1300 Proz. angeboten, der Rest soll bestmöglich verwertet werden. Nach dem Bericht der Verwaltung ist der Abschluß für das erste Halbjahr sehr günstig. Die Gesellschaft hat einen sehr hohen Auftragsbestand, so daß aller Voraussicht nach mit einem guten Abschluß gerechnet werden könne.

— Glaslaser-A.-G. in Dresden. Die erste G.-V. setzte die Dividende auf 40 Proz. fest und beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 50 Mill. M. unter Einräumung eines Bezugsrechtes im Verhältnis von 1:1 zu 1500 Proz. Den Vorkriegsaktionären werden auf eine alte zwei neue zu 1500 Proz. angeboten.

— Westalia-Film-A.-G. in Berlin. Die a. o. G.-V. beschloß, das Kapital um 25 auf 50 Mill. M. zu erhöhen. Den Aktionären werden 12,5 Mill. M. zu 1300 Proz. angeboten, der Rest soll bestmöglich verwertet werden. Nach dem Bericht der Verwaltung ist der Abschluß für das erste Halbjahr sehr günstig. Die Gesellschaft hat einen sehr hohen Auftragsbestand, so daß aller Voraussicht nach mit einem guten Abschluß gerechnet werden könne.

— Glaslaser-A.-G. in Dresden. Die erste G.-V. setzte die Dividende auf 40 Proz. fest und beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 50 Mill. M. unter Einräumung eines Bezugsrechtes im Verhältnis von 1:1 zu 1500 Proz. Den Vorkriegsaktionären werden auf eine alte zwei neue zu 1500 Proz. angeboten.